

Missverständnis im Aufzug: Prozess wegen Polizeieinsatz in Wien

Ein Missverständnis bei einem Polizeieinsatz in Wien nach einem Aufzugvorfall führt zu einem Prozess wegen Widerstands und Tierquälerei. Die Verteidigung fordert eine Ermittlung zu möglicher Polizeigewalt.

Ein enttäuschendes Erlebnis im Aufzug endete vor dem Wiener Landesgericht für Strafsachen in einem skandalösen Prozess. Am 18. Oktober begann die Verhandlung gegen einen 28-jährigen und seine Mutter, die aufgrund eines Missverständnisses während eines Polizeieinsatzes vor Gericht stehen. Der Vorfall ereignete sich bereits im April 2023, als das Duo in einem Aufzug in Floridsdorf steckenblieb. Während der panikartigen Situation, in der der junge Mann erheblichen Stress erlebte, kam es zu einer Kettenreaktion, die schließlich die Polizei auf den Plan rief.

Das Aufzugunglück setzte eine Kaskade von Ereignissen in Gang. Der 28-Jährige, der schon seit seiner Kindheit unter Panikattacken leidet, betätigte verzweifelt den Notruf, ohne dass jemand reagierte. Um seiner Angst zu entkommen, schlug er das Fenster des Aufzugs ein. Dies erregte die Aufmerksamkeit eines Nachbarn, der sofort die Polizei verständigte. Zum Zeitpunkt ihres Eintreffens waren Mutter und Sohn bereits befreit, doch die Situation eskalierte schnell.

Zweifelhafte Interpretationen

Als der 28-Jährige, noch von Angst getrieben, nach draußen lief, um frische Luft zu schnappen, interpretierten die eintreffenden

Polizeibeamten dies als Versuch zu fliehen. In der Annahme, es handele sich um einen Flüchtigen, riefen sie Verstärkung herbei, einschließlich eines Diensthundes und zusätzlicher Fahrzeuge. Diese Überreaktion führte zu einem gewaltsamen Zusammenstoß zwischen Polizei und dem Mutter-Sohn-Gespann. Laut Berichten versuchte der junge Mann, gegen die Beamten zu agieren, was in einer körperlichen Auseinandersetzung kulminierte. Der Diensthund biss ihn während des Aufeinandertreffens, woraufhin die Mutter des Mannes und dieser sich gegen das Tier zur Wehr setzten.

Solche Vorfälle werfen Fragen nach der Angemessenheit der Polizeigewalt auf. Die Verteidigung des Mutter-Sohn-Duos betrachtet die Vorwürfe, die gegen sie erhoben wurden — darunter Widerstand gegen die Staatsgewalt und Tierquälerei — als unhaltbar. Ihr Anwalt fordert eine tiefere Untersuchung der Polizeigewalt während des Einsatzes, insbesondere weil ein Zuschauer das Geschehen filmte und die Polizei daraufhin ein Löschverlangen gegenüber der Person äußerte.

Geplante Zeugenaussagen

Die Verhandlung, die am Freitag begonnen hat, wurde auf den 2. Dezember vertagt. In der nächsten Sitzung sollen eine Vielzahl von Polizeibeamten sowie die Person, die das Video aufgenommen hat, als Zeugen aussagen. Die Verteidigung hofft auf die Möglichkeit, die gegen ihre Mandanten erhobenen Vorwürfe zu entkräften und ein klareres Bild der chaotischen Ereignisse zu vermitteln.

Details zu diesem Vorfall sind noch spärlich, jedoch **meldet www.meinbezirk.at**, dass die nächsten gerichtlichen Schritte entscheidend zur Klärung des Sachverhalts sein werden. Die Frage nach der angemessenen Reaktion der Polizei und der Verhältnismäßigkeit ihrer Maßnahmen wird zunehmend diskutiert.

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)